



Kiel, 26. November 2018

Nr. 354 /2018

Martin Habersaat:

Sexueller Missbrauch ist keine interne Angelegenheit der Kirchen

Zur Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur strafrechtlichen Aufarbeitung von Missbrauchsfällen (19/1023) erklärt der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für religiöse Angelegenheiten, Martin Habersaat:

Es ist anerkennenswert, dass sich die katholische Kirche, aber auch andere christliche Kirchen, dem für sie schmerzlichen Prozess der Aufklärung sexueller Missbrauchsfälle an Kindern und Jugendlichen gestellt haben - auch wenn es erst eines erheblichen Drucks der Öffentlichkeit und der Opfer bedurft hatte.

Interne Sanktionen der Kirchen können nicht die strafrechtliche Verfolgung ersetzen. In der Verantwortung stehen hier die Justizbehörden, die sich in der Vergangenheit immer wieder gescheut haben, gegen Amtsträger der Kirchen zu ermitteln. Die Antwort der Landesregierung lässt erkennen, dass auch weiterhin kein Ermittlungsdruck auf schuldig gewordene Geistliche ausgeübt wird.

Niemand kann mehr zur Wahrheitsfindung beitragen als die vielen Opfer der Vergangenheit. Es kann auf die Dauer sicher nicht ausreichen, wenn die Generalstaatsanwaltschaft das Erzbistum ersucht, sie über dort bekannt gewordene Fälle zu informieren. Vielleicht verhülle eine Ermunterung durch das Justizministerium zu mehr Engagement?

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de